

36
79

Union in Deutschland

Bonn, den 25. Oktober 1979

Zehn Jahre sind genug

Vor zehn Jahren, im September/Oktober 1969, trat die erste Koalition aus SPD und FDP mit großem Anspruch an. Die Ursachen für das Scheitern ihrer Politik liegen nicht in der schlechten Ausführung einer etwa richtigen Konzeption oder an äußeren Ereignissen wie Ölkrise und Terrorismus, sondern in der falschen Anlage dieser Politik.

Den unauflöslichen Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat die SPD/FDP zuerst nicht richtig erkannt, und bis heute fehlt ihr die Kraft, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen. Mit viel Pathos und wenig Verstand hat die SPD/FDP-Koalition die größte Bildungskatastrophe der Nachkriegszeit programmiert. Ausgerechnet sozialistische Pseudo-Intellektuelle verordneten unserer Jugend eine intellektualistische Existenz und werteten die praktischen Berufe und Ausbildungswege ab bei gleichzeitiger Züchtung eines Anspruchdenkens, in dem der Begriff der Pflicht keinen Platz mehr hat.

1980 geht es darum, die politische Wende herbeizuführen. Zehn Jahre SPD/FDP-Regierung sind genug. In einer Bilanz dieser zehn Jahre (siehe Wortlaut CDU-Extra) zeigt Helmut Kohl auf, warum diese Wende notwendig ist und was die Union tun muß, sie herbeizuführen.

■ WIRTSCHAFTS- LAGE

Herbstgutachten bestätigt die Kritik der Union Seite 4

■ DEUTSCHLAND- POLITIK

Ostverträge bedeuten nicht Anerkennung der deutschen Teilung Seiten 5—7

■ BUNDESWEHR

Apels Sozialbericht voller Täuschungen und Irreführungen Seite 8

■ LANDWIRTSCHAFT

Union lehnt Besteuerung der kleinen Betriebe ab Seite 11

■ SCHULE

Ansporn zur Leistung hilft Be-
gabungen zu entfalten Seite 13

■ BERUFLICHE BILDUNG

Statt Fortbildungsbürokratie —
bessere Rahmenbedingungen Seite 15

■ DOKUMENTATION

Ideologie und Dilettantismus
gefährden Energieversorgung
grüner Teil

■ CDU-EXTRA

10 Jahre sind genug / Eine
Bilanz der sozial-liberalen
Koalition gelber Teil

■ INFORMATION

Zentrale Wahlkampfkommission

Der zentralen CDU/CSU-Wahlkampfkommission, die zum erstenmal am 25. Oktober 1979 in Bonn zusammengetreten ist, gehören von seiten der CDU an: Helmut Kohl, Heiner Geißler, Ernst Albrecht, Alfred Dregger, Heinrich Köppler und Gerhard Stoltenberg. Die Mitglieder der CSU sind: Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber, Werner Dollinger, Max Streibl, Gerold Tandler und Friedrich Zimmermann.

10 124 CDU-Mandate

Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen am 30. September hat die CDU die meisten Mandate errungen. Wie die KPV in Recklinghausen mitteilte, erhielt die Union 10 124 der insgesamt 20 288 Sitze in 582 Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen. Auf die SPD entfielen 8 388 Mandate und auf die FDP 1 175. Die sonstigen Parteien und Gruppierungen kamen auf 601 Sitze.

In Düsseldorf und Leverkusen: Seit 15 Jahren erstmals wieder CDU-OB

Zum erstenmal seit 15 Jahren ist wieder ein CDU-Politiker Oberbürgermeister der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf. Der Stadtrat wählte den 51jährigen Josef Kürten zum neuen Oberbürgermeister. Die CDU war aus den Kommunalwahlen am 30. September mit insgesamt 41 von 83 Sitzen als Sieger hervorgegangen. Ratsfraktion, Kreisvorstand und Kreisparteitag

der FDP, die fünf Sitze erreichte, hatten sich für Kürten und gegen den bisherigen Oberbürgermeister Klaus Bungert (SPD) entschieden. Auch in Leverkusen gibt es seit 15 Jahren zum erstenmal wieder einen CDU-OB: den 55jährigen Regierungsschuldirektor Wolfgang Ob- laden. Bei der Kommunalwahl am 30. September hatten CDU und FDP einen Sitz im Stadtrat mehr erhalten als die SPD.

Bundesrat befürwortet Steuerentlastung schon 1980

Der Bundesrat hat mehrheitlich auf Antrag von Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein einen Gesetzentwurf beim Bundestag eingebracht, nach dem die Steuerbelastung schon zum 1. Januar 1980 durch einen neuen Einkommensteuertarif deutlich gesenkt werden soll. Vor allem die durch die Geldentwertung und die Steuerprogression bedingten „heimlichen“ Steuererhöhungen sollen beseitigt werden. Zum 1. Januar 1981 soll zusätzlich als familienbezogene Entlastung ein Kinderfreibetrag eingeführt werden (siehe hierzu UfD Nr. 33 und 34).

Der Gesetzentwurf wird nunmehr der Bundesregierung zugeleitet, die ihn innerhalb von drei Monaten an den Bundestag weiterzuleiten hat.

Die Union hat die meisten Stammwähler

Durch eine Umfrage bei 1 008 Bürgern, ob sie bei der Bundestagswahl 1980 die gleiche Partei wählen würden, der sie schon 1976 die Stimme gegeben haben, stellte das Emnid-Institut fest, daß unter den 81% der Wähler von 1976 der Wechselwähler-Anteil bei 5% liegt; d. h., auf alle diejenigen umgerechnet,

die 1976 wählten, gäbe es nach dem vorliegenden Ergebnis der jetzigen Befragung 6,1 % Wechselwähler. Außerdem hat Ennid erarbeitet, daß eine ganze Reihe von Nichtwählern des Jahres 1976 möglicherweise 1980 doch zur Wahl gehen werden. Den höchsten Anteil an Stammwählern hat laut dieser Umfrage die Union mit 87 %; es folgt die SPD mit 82 %. Die FDP kommt nur auf einen Anteil von 68 %.

Flucht vor dem Sozialismus

Vor wem flüchten die Menschen der Welt eigentlich? Eine Untersuchung, die MdB Jürgen Todenhöfer (CDU) vorlegte, ergab:

Sechs Millionen Flüchtlinge wurden in den letzten Jahren allein in den Ländern der dritten Welt gezählt. 90 Prozent dieser Menschen flüchteten aus marxistischen Ländern in „kapitalistische“ — sie liefen ihren „Befreiern“ davon.

An die 35 000 Menschen entkamen aus Chile und sorgten für lautstarke Proteste — mehr als eine Million aber kehrten „unbemerkt“ dem roten Kuba den Rücken. „Hier zeigt sich deutlich die doppelte Moral der Weltöffentlichkeit“, erklärte Todenhöfer. „Obwohl die marxistischen Regime Meister im Zerstören sind, haben Politiker wie Bahr, Brandt und Eppler kräftig mitgeholfen, sie in der dritten Welt in den Sattel zu heben.“

Scharfe Kritik Köpplers an WDR-Intendanten

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heinrich Köppler hat der Ankündigung des WDR-Intendanten von Sell scharf widersprochen, ein eigenes Fernsehprogramm der ARD für Nordrhein-Westfalen für den Fall zu produzieren,

daß der NDR als Dreiländeranstalt zerbreche. Der WDR-Intendant überschreite eindeutig seine Kompetenzen, wenn er glaube, die Interessen Nordrhein-Westfalens in der Rundfunkpolitik vertreten zu können. Er habe nicht Politik zu machen, sondern dafür zu sorgen, daß der WDR in Köln ein qualifiziertes Programm anbiete. Köppler verlangte von der Regierung Rau Auskunft darüber, wie sie sich „zu diesem Parforceritt“ des Kölner Intendanten stelle. Rundfunkpolitik sei entweder in Staatsverträgen geregelt oder in solchen Verträgen neu zu regeln. Beides falle in die Zuständigkeit der Länderparlamente.

Industrienation braucht Nachwuchs mit Welterfahrung

Die nachlassende Bereitschaft junger Menschen, ins Ausland zu gehen, darf diesen nach Ansicht des Obmanns der CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, Volker Rühle, nicht als Auslandsmüdigkeit angelastet werden. Man sollte nicht verkennen, daß es zu viele bürokratische und finanzielle Hindernisse für junge Leute gebe, die sonst durchaus an einer Ausbildung oder einer vorübergehenden beruflichen Tätigkeit im Ausland interessiert wären.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will durch ihr Programm zur Förderung des Auslandsaufenthaltes von Schülern, Studenten, Lehrlingen und jungen Wissenschaftlern deutlich machen, daß ein Auslandsaufenthalt im öffentlichen Interesse der führenden Welthandelsnation Bundesrepublik Deutschland liegt, daß eine weltoffene, bewegliche und im besten Sinne auf das andere neugierige junge Generation entwickelt wird, die das Ausland kennt und deshalb für sich und ihr eigenes Land mehr leisten kann.

■ WIRTSCHAFT

Herbstgutachten bestätigt die Kritik der Union

Die von den Wirtschaftsforschungsinstituten für 1980 prognostizierte deutliche Abschwächung des Wachstumstempos bestätigt die Auffassung der Union, daß trotz der günstigeren Zwischenergebnisse für 1979 eine dauerhafte Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit noch nicht erreicht ist.

Die aufgezeigten weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und die Wirkungen der Ölpreisverteuerung machen es noch wichtiger, endlich die notwendigen Entscheidungen für eine langfristige Absicherung von Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik zu treffen, stellte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg dazu fest.

Nach Abzug des Überhangeffektes, also der bereits in diesem Jahr erbrachten wirtschaftlichen Leistung, bedeutet auch die Prognose der Mehrheit der Institute für 1980 praktisch eine weitgehende Stagnation der Wirtschaftstätigkeit. Die von den Instituten befürchtete abermalige Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 1980 betrachtet die Union mit großer Sorge.

Die anhaltende Instabilität unserer wirtschaftlichen Entwicklung macht eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig. Dazu gehören:

— Mehr Stetigkeit in der Wirtschaftspolitik. Die hektische Wirtschafts- und

Finanzpolitik mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Programmen der Bundesregierung hat letztendlich nur zu noch mehr Unsicherheit geführt.

— Ein überzeugendes Konzept zur Sanierung der öffentlichen Haushalte über die Ausgabenseite und zur Einschränkung des Staatsanteils.

— Abbau der Überbesteuerung und des Gesetzesperfektionismus, um private Initiative und Leistungsbereitschaft nicht weiter zu lähmen.

— Bessere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen sowie die Beseitigung von Hemmnissen, die den Strukturwandel erschweren.

— Eine entschlossene Energiepolitik, die die Energieversorgung zu vertretbaren Preisen sichert.

Die von den Instituten aufgezeigte verstärkte Investitionstätigkeit im Bereich der Erschließung neuer Energiequellen und der Energieeinsparung macht es nach Auffassung der Union dringend erforderlich, endlich die entsprechenden politischen Rahmendaten zu setzen. Das gilt sowohl für die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen als auch für den Abbau bürokratischer Hemmnisse.

Die Union unterstützt die Empfehlung der Institute für Steuersenkungen, die unter dem Aspekt der Einkommensverteilung und der Förderung der Leistungsbereitschaft längerfristig bestehen können. Die Union hat immer wieder die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Steuerreform betont. Die starke Zunahme der auch von den Instituten bestätigten progressionsbedingten Mehrbelastung macht es nach Ansicht der Union erforderlich, ohne weiteren Zeitverzug bereits für 1980 an diese Aufgabe heranzugehen.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Ostverträge bedeuten nicht Anerkennung der Teilung

Ohne Not hat die Bundesregierung in Verbindung mit dem Umsatzsteuergesetz das Gebiet der DDR und Ost-Berlin nicht mehr als Inland bezeichnet und die deutschen Ostgebiete dem Ausland zugeordnet. In einem Brief an den Bundeskanzler hat Franz Josef Strauß die Behauptung von Schmidt zurückgewiesen, der bisherige Inlandsbegriff widerspreche den Ostverträgen. Die Verträge — so Strauß — bedeuten keineswegs die Anerkennung der Teilung Deutschlands. Der Brief hat grundsätzliche Bedeutung. Nachfolgend der gekürzte Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ihren Brief vom 3. September 1979 zur Neufassung des Inlandsbegriffs im Umsatzsteuergesetz habe ich erhalten. Gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Einschränkung des Inlandsbegriffs hat der Bundesrat bereits beim ersten Durchgang des Gesetzentwurfs mit Beschluß vom 21. April 1978 schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken geäußert und deshalb gefordert, den geltenden Begriff „Inland als Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ beizubehalten. Im zweiten Durchgang sah die Mehrheit des Bundesrats die verfassungsrechtlichen Bedenken nicht ausgeräumt und verweigerte nach erfolgloser Anrufung des Vermittlungsaus-

schusses am 6. Juli 1979 dem Gesetz die Zustimmung.

Zweifel am ernsthaften Willen der Bundesregierung, das Umsatzsteuergesetz entsprechend den Verpflichtungen nach dem EWG-Vertrag rechtzeitig in Kraft zu setzen, mußte freilich bereits die Tatsache wecken, daß die Bundesregierung die vom EWG-Partner geforderte Anpassung des Umsatzsteuergesetzes an die 6. EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer ohne Not mit der deutschlandpolitisch und verfassungsrechtlich äußerst bedenklichen Neufassung des Inlandsbegriffs vorbelastet hat. Denn es besteht auch nach dem Abschluß der Ostverträge kein zwingender Grund, ohne Änderung des sachlichen Regelungsgehalts das Gebiet der DDR und von Berlin (Ost) nicht mehr als Inland zu bezeichnen und die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße dem Begriff „Ausland“ zuzuordnen.

Wäre der Bundesregierung an einer baldigen Beilegung des Konflikts mit dem Bundesrat gelegen, dann hätte sie in dem von ihr angerufenen Vermittlungsausschuß wenigstens Neuformulierungen vorschlagen müssen, die den durch wissenschaftliche Gutachten begründeten verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung tragen. Es liegt auch nach dem Scheitern des zweiten Vermittlungsverfahrens nach wie vor an der Bundesregierung, sich nicht in steriler, obstruktiver Neinsagerei zu erschöpfen,

sondern konstruktive Vorschläge zu machen, die eine Gesprächsgrundlage sein können.

Ausgangslage kann allerdings nicht die in Ihrem Schreiben vom 3. September 1979 vertretene Rechtsauffassung sein, die Beibehaltung des geltenden Inlandsbegriffs stehe im Widerspruch zum Warschauer Vertrag und zum Grundvertrag.

Der Rechtsbegriff „Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937“ wird vom Warschauer Vertrag nicht berührt. Die grenzbezogene Regelung des Vertrages vermeidet jede Formulierung, die als Verfügung über oder als Anerkennung von territorialer Souveränität mißdeutet werden könnte. Sie bedeutet — nach der bisherigen Auslegung der Bundesregierung und nach der für alle Verfassungsorgane verbindlichen Feststellung des Bundesverfassungsgerichts — lediglich eine Konkretisierung des Gewaltverzichts. Beide Vertragspartner haben sich nur dazu verpflichtet, Maßnahmen zu unterlassen, die auf eine gewaltsame Veränderung der im Vertrag bezeichneten Grenzen gerichtet sind.

Zwar erklären die Vertragsparteien in Artikel I Abs. 3 des Warschauer Vertrags, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben wollen. Die in Artikel IV enthaltene sogenannte Unberührtheitsklausel verhindert jedoch, daß Artikel I Abs. 3 gegen das rechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 ausgelegt und das Festhalten am überkommenen Deutschlandbegriff als unerlaubter „Gebietsanspruch“ fehlgedeutet werden kann.

Im übrigen kann das Festhalten an einer Rechtsposition (Fortbestehen des

Deutschen Reiches, Bezeichnung des Reichsgebiets als Inland) niemals als Gewalt im Sinne des Gewaltanwendungsverbots mißverstanden werden. Der von den Ostblockstaaten erhobene Vorwurf der juristischen Aggression kann daher nur als Zweckpropaganda gewertet werden. Unrichtig ist auch die immer wieder zu hörende Behauptung, durch das Festhalten am geltenden Inlandsbegriff werde in fremde Hoheitsgewalt eingegriffen, denn eine abstrakte Rechtsnorm kann keinen Eingriff in fremde Souveränität darstellen.

Ferner ist es eine Selbstverständlichkeit, die des Beweises nicht bedarf, daß Rechtsnormen auch außerhalb des unmittelbaren Hoheitsbereichs des Gesetzgebers Geltung beanspruchen und entfalten können.

Wäre — wie Sie es im Schreiben vom 3. September 1979 getan haben — der Warschauer Vertrag so auszulegen, daß mit seinem Inkrafttreten der Geltungsbereich deutscher Gesetze zu ändern gewesen wäre, hätte die Bundesregierung das Vertragswerk den gesetzgebenden Organen nicht als sogenannten politischen Vertrag zur Zustimmung zu leiten dürfen. Behauptet die Bundesregierung nun nachträglich, daß sich der Warschauer Vertrag doch auf Gegenstände der Bundesregierung beziehe, nämlich auf den Inlandsbegriff des Umsatzsteuergesetzes, so würde der Warschauer Vertrag (und ebenso auch der Grundvertrag) mangels der dann notwendigen Zustimmung des Bundesrats innerstaatlich gar nicht zustande gekommen sein. Ich nehme an, daß die Bundesregierung an dieser Behauptung nicht festhalten will.

Was für den Warschauer Vertrag gilt, ist mit unwesentlichen Abweichungen auch für den Grundvertrag gültig. Auch

er fordert keine Änderung des geltenden Inlandsbegriffs. Das bestätigt die in das Vertragswerk eingebaute Unberührtheitsklausel. Darüber hinaus wird der innerdeutsche Handel nach wie vor als Binnenhandel gewertet, wie sich aus einem Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundvertrages ergibt.

Warschauer Vertrag und Grundvertrag sind beide als Vereinbarungen zu werten, die, ausgehend von den durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen faktischen Machtverhältnissen, nur das geordnete Nebeneinander der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und Polen erfassen. Der Rechtsstatus des Deutschen Reiches als in seinen Grenzen fortbestehendes Völkerrechtssubjekt konnte von den beiden Verträgen schon deshalb nicht verändert werden, weil der Vertragspartner Bundesrepublik sowohl durch das Grundgesetz wie auch durch die alliierten Vorbehaltsrechte daran gehindert war.

Die in Mitteleuropa gegenwärtig herrschenden Machtverhältnisse und die davon unberührt gebliebenen völkerrechtlichen Rechtspositionen stehen auch weiterhin nicht miteinander im Einklang. In diesem Spannungsverhältnis zwischen der De-facto-Lage und unserer völkerrechtlichen Rechtsposition verbietet es unsere gemeinsame Verantwortung für Deutschland als Ganzes, den geltenden Begriff „Inland“ mit seinen aussagekräftigen deutschlandpolitischen Elementen auf das Gebiet der Bundesrepublik zusammenschrumpfen zu lassen.

In diesem Zusammenhang darf ich Ihre Aufmerksamkeit auch noch auf folgenden Sachverhalt lenken, bei dem die Bundesregierung sich bisher einer genauen und klaren Festlegung entzogen hat. Bekanntlich habe ich in der Aussprache über die Regierungserklärung

des damaligen Bundeskanzlers Brandt im Januar 1973 im Zusammenhang mit den Ostverträgen erklärt: *pacta sunt servanda* und sowohl im Gespräch mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, Breschnew, wie bei anderen Gelegenheiten erklärt, daß meine politischen Freunde und ich nicht bereit seien, uns die kommunistische Lesart von der Teilung Deutschlands in zwei Nationen, in eine kapitalistische im Westen = Bundesrepublik Deutschland und in eine sozialistische im Osten = DDR, zu eigen zu machen. Wir würden immer von der Einheit und Unteilbarkeit der deutschen Nation ausgehen.

Daraufhin hat die sowjetische Nachrichtenagentur NOWOSTI in einer eigenen Stellungnahme mir vorgehalten, daß beide Standpunkte unvereinbar seien. Wer die Ostverträge nach dem Grundsatz „*pacta sunt servanda*“ behandle, müsse auch die Teilung Deutschlands in zwei Nationen bejahen. Ich frage nun Sie als Bundeskanzler, ob nach Ihrer Meinung und Ihrer Auslegung der Ostverträge der Grundsatz „*pacta sunt servanda*“ zwangsläufig auch die Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Nationen bedeutet. Es wäre im Sinne der gemeinsamen Erklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und im Sinne der verfassungsgerichtlichen Entscheidungen von 1973 und 1975 von erheblicher politischer Bedeutung, wenn auch die Bundesregierung unmißverständlich und in aller Deutlichkeit den Standpunkt vertreten würde, daß die Einhaltung der Verträge nicht die Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Nationen einschließe. Denn alle Verträge können nur in Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht ausgelegt und gehandhabt werden.

■ BUNDESWEHR

Apels Sozialbericht voller Täuschungen und Irreführungen

Bundesverteidigungsminister Hans Apel hat in der letzten Woche vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages eine neue Dokumentation zur sozialen Lage der Soldaten angekündigt. Eine erste Darstellung, die Anfang des Jahres gedruckt und verbreitet worden war, hatte Kritik in allen Parteien und beim Deutschen Bundeswehrverband hervorgerufen.

Mit dem neuen Sozialbericht nun will Apel nachweisen, daß die soziale Lage in der Truppe nicht schlechter, sondern eher besser ist als im vergleichbaren öffentlichen Dienst und daß die Klagen des Bundeswehrverbandes — aber auch die kritischen Annahmen der Opposition — unbegründet sind.

Das freilich dürfte ihm nicht gerade leichtfallen, erklärte MdB Willi Weiskirch, denn obwohl er selbst das laufende Jahr zum „sozialen Jahr“ für die Bundeswehr ausgerufen hat, sind wichtige Vorhaben und Versprechen auf der Strecke geblieben. Ein paar Beispiele:

Die vom Verteidigungsausschuß beschlossene Anhebung des A 9-Stellenanteils auf 30 Prozent hat das Bundesministerium der Verteidigung mit einer Erhöhung auf lediglich 25 Prozent innerhalb von zwei Jahren beschieden.

Die ebenfalls vom Verteidigungsausschuß beschlossene Einführung eines

Spitzendienstgrades für Unteroffiziere ist vollends unter den Tisch gefallen.

Auf die geforderte Herabsetzung der Kantinenpreise durch die Abschaffung des sogenannten Heimbewirtschaftungsfonds hat es bislang keine Reaktion des Ministeriums gegeben.

Die zum Teil erhebliche Dienstzeitbelastung bestimmter Einheiten wird nur mangelhaft durch besondere Zulagen abgegolten. Eine vom Verteidigungsausschuß geforderte allgemeine Truppenzulage hängt nach wie vor in der Luft.

Nun haben sich, dem Vernehmen nach, sowohl der Generalinspekteur der Bundeswehr als auch die Inspektoren der drei Teilstreitkräfte gegen die von Apel in Auftrag gegebene Rechtfertigungsschrift ausgesprochen. Eine solche Schrift könnte in der Tat — und zwar nicht nur in der Truppe selbst — schlafende Hunde wecken. Der Minister scheint jedoch entschlossen zu sein, seinen Plan zu realisieren und in einem Rundumschlag die von ihm als lästig empfundenen Kritiker im Bundeswehrverband und wohl auch bei der Opposition zum Schweigen zu bringen.

Man darf, wenn es soweit kommen sollte, auf die Reaktion der Koalitionsparteien gespannt sein; denn bei allen Gegensätzen zwischen SPD und FDP auf der einen und den Unionsparteien auf der anderen Seite: darüber, daß für die soziale Lage der Soldaten noch eine Menge zu tun ist, waren sich eigentlich immer alle einig. Der beste Beweis dafür ist der Katalog einstimmig gefaßter Beschlüsse, mit dem der Verteidigungsausschuß seine Haushaltsberatungen beendet hat. Und diese Beschlüsse zielten durchweg auf Maßnahmen aus diesem sozialen Bereich.

■ KOALITION

Informationsblockade im Fall Tschessiunas

Das bisherige Verhalten der Bundesregierung im Fall des aus der Bundesrepublik Deutschland verschwundenen Vladislavas Tschessiunas sei gekennzeichnet von Informationsblockade gegenüber Öffentlichkeit und Parlament und einem Schweigen zu Moskauer Behauptungen, der Sportler sei zum Verlassen der Sowjetunion überredet worden und freiwillig und legal zurückgekehrt, erklärte Carl Dieter Spranger. Diese sowjetische Auslegung habe Herbert Wehner in einem Brief an die „Litauische Volksgemeinschaft“ übernommen. Die Vorstellung, die sowjetischen Geheimdienste hätten tatsächlich mit verbrecherischen Mitteln einen politischen Flüchtling zurückgeschleppt, ohne daß die Bundesregierung dagegen massiv protestiere, erfordere die rückhaltlose Aufklärung des Falles. Er dürfe nicht nur Angelegenheit der Parlamentarischen Kontrollkommission sein, sagte der CSU-Politiker weiter.

Onkel Schmidt

In dem Ringen um Wählerstimmen für 1980 macht sich die Bundesregierung die Erkenntnis der Waschmittelwerbung zu eigen: wenn die Kinder dafür sind, werden auch die Eltern positiv beeinflusst. So werden alle Kinder im neuesten Heft der Reihe „Bürger-Service“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf den Bundeskanzler als gütigen Onkel aufmerksam gemacht. Er möchte so gerne aus Kindermund erfahren, wie ein Bonner Regierungschef sich verhalten soll. Deshalb fordert er alle Kinder auf, ihm einen

Brief zu schreiben oder ein gemaltes Bild zuzuschicken. Das „Briefpapier“ hat er — zufällig auf Steuerzahlers Kosten — schon vorbereitet und mit der Anrede versehen: „Lieber Herr Bundeskanzler“.

Die Briefe, Fotos und Bilder, „die ihm am besten gefallen oder ihn ganz besonders nachdenklich machen“, will er in einem Buch veröffentlichen. Alle Kinder, deren Beiträge für das Buch ausgesucht werden, dürfen Helmut Schmidt in Bonn besuchen. Bei Onkel Helmut's Märchenstunde sozusagen.

„Broschüre zum Jahr des Kindes“ heißt es offiziell. „Traktätchen zur Machterhaltung der Regierenden“ sollte es genannt werden, meint der Unionsabgeordnete Klaus Rose, Mitglied im Haushaltsausschuß.

„Spiegel“-Fechtereien

„Der Spiegel“ wollte Franz Josef Strauß Interesse an einem Treffen mit PLO-Chef Arafat andichten. Über die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung habe Strauß brieflich um einen Gesprächstermin gebeten, berichtete vor drei Wochen der „Spiegel“. Das Nachrichtenmagazin, von der Hanns-Seidel-Stiftung vor Gericht zitiert, konnte den Beweis nicht erbringen, daß die PLO, ihr Chef Arafat oder eines ihrer führenden Mitglieder einen solchen Brief in Händen habe.

„Militante Minderheit“

Die Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion läßt sich nach Ansicht des rheinland-pfälzischen FDP-Landesvorsitzenden Hans-Otto Scholl „von einer militanten Minderheit“ innerhalb der Fraktion mißbrauchen. Es sei die „verdammte Pflicht der Fraktionsmehrheit, denen ebenso militant auf die Schnauze zu hauen“, formulierte Scholl in einem Gespräch mit Journalisten sehr dra-

stisch den nach seinen Beobachtungen weitverbreiteten Unmut der FDP-Mitglieder über die Zustände in der Bonner Regierungskoalition.

Scholl, Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei, warf den Bonner Parteifreunden vor, sich von den Sozialdemokraten zunehmend an die Wand drängen zu lassen. Scholl: „Mich stört beispielsweise, daß Helmut Schmidt ständig Erklärungen über die Außen- und Wirtschaftspolitik abgibt. Das ist doch in erster Linie Sache unserer Minister Genscher und Lambsdorff.“

Scholl beschränkte diese Attacke nicht auf Stilfragen. In der Steuerpolitik, bei der Vermögensbildung, auf dem weiten Feld der Wirtschaftspolitik und auch in der Diskussion über die weitere Nutzung der Kernenergie sieht er große Gemeinsamkeiten der FDP mit den Vorstellungen der CDU.

Es sei deshalb ausgesprochen töricht, wenn die FDP-Bundestagsfraktion unter dem Druck der „militanten Minderheit“ um des lieben Koalitionsfriedens willen im Bundestag auch solche Vorschläge der Unionsparteien ablehne, die fast nahtlos ins FDP-Konzept paßten.

Kloses fragwürdiger Entlastungsangriff

Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat bei der politischen Bewältigung des Hamburger Giftmüllskandals vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die beiden einflußreichen, zum rechten Flügel zählenden Senatoren Werner Staak (Innenbehörde) und Jürgen Steinert (Wirtschaft) belastet. Bei seiner Vernehmung als Zeuge orte Klose „unsichtbare, schützende Hände“ über der Firma Stoltzenberg. Polizei und Feuerwehr seien ebenso wie das Amt für Arbeitsschutz trotz klarer Kom-

petenzen untätig geblieben. Staak wies die Vorwürfe gegen die Polizei zurück. Der Innensenator weiß nicht nur die mächtige Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), sondern auch das „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ (SOG) hinter sich. Dieses, mit dem Ziel einer „Entpolizeilichung“ 1966 in Hamburg verabschiedete Gesetz erkennt Polizei und Feuerwehr nur die Kompetenz für die „Abwehr des ersten Angriffs in einer Notsituation“ zu. Danach sind die Fachbehörden — etwa das Amt für Arbeitsschutz — zuständig.

Gretchenfrage für viele Genossen

Jochen Stemplewski, nordrhein-westfälischer Jungsozialisten-Vorsitzender, hat in einem Gespräch mit der linksextremistischen „Tageszeitung“ (TAZ) erklärt, er rechne mit einer großen Zahl von Parteiaustritten aus der SPD, falls sich die Schmidt-Linie zur Energiepolitik auf dem Bundesparteitag in Berlin durchsetzen sollte: „Das wird für viele SPD-Mitglieder zur Gretchenfrage, zur Frage ihrer weiteren Mitarbeit werden“, sagte der Juso-Funktionär.

Christoph Strässer, Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, äußerte auf einer Podiumsdiskussion in Frankfurt die Ansicht, daß sich nach der Bundestagswahl 1980 eine neue sozialistische Partei bilden könne, in der sich Radikaldemokraten, Grüne, Bunte, Spontis und linke Sozialisten vereinigen. Auch für die Mitglieder seiner Organisation stelle eine solche neue Partei „eine politische Perspektive“ dar. Bis zur Bundestagswahl würden die Judos sich allerdings noch bemühen, „die kleine grüne Fraktion in der FDP zu stärken“, da die Grünen selbst keine Chance besäßen, in den Bundestag zu gelangen.

■ LANDWIRTSCHAFT

Union lehnt eine Besteuerung der kleinen Betriebe ab

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in erster Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Einkommenbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft abgelehnt, obwohl der Gesetzentwurf im Sinne einer ausgewogenen Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft einige gedanklich richtige Ansätze enthält.

In weiten Teilen wird der Gesetzentwurf jedoch durch die von SPD und FDP ausgelöste polemische Diskussion des Neids und der Mißgunst gegen die Bauern bestimmt. Neid und Mißgunst sind aber die schlechtesten Ratgeber in der Steuerpolitik.

Die Bundesregierung vernachlässigt in ihrem Gesetzentwurf den auch an sie gerichteten Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes, wonach die Steuerpolitik als Mittel zur Förderung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft einzusetzen ist, stellt MdB Burkhard Ritz dazu fest.

Entgegen den Beteuerungen der Bundesregierung führt der Gesetzentwurf zu einer erheblichen Mehrbelastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Fast die Hälfte des jährlichen Nettoinvestitionsvolumens der Landwirtschaft wird zusätzlich weggesteuert oder durch neu entstehende Buchführungskosten aufgezehrt. Dadurch wird

auch die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes negativ beeinträchtigt.

Der Gesetzentwurf benachteiligt vor allem die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und insbesondere die Nebenerwerbsbetriebe.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bemängelt, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung die Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft innerhalb der EG weitgehend unberücksichtigt läßt. Neue Wettbewerbsverzerrungen vor allem gegenüber den Hauptkonkurrenzländern entstehen.

Die CDU/CSU macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß von rund 840 000 landwirtschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland rund 75 Prozent kleiner als 20 ha sind. Rund 52 Prozent der Betriebe sind 10 ha groß und kleiner. Nur 3,5 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften mehr als 50 ha.

Bei der größten Zahl landwirtschaftlicher Betriebe handelt es sich also um Kleinbetriebe, deren Gewinn weit unter dem statistischen Durchschnittswert von rund 24 000 DM aller landwirtschaftlichen Betriebe liegt und vielfach nicht einmal die Hälfte davon erreicht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich entschieden dagegen, daß die Bundesregierung sowie SPD und FDP gerade diese kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in einem Ausmaß besteuern wollen, wie es beispielsweise nicht

einmal im gewerblichen Bereich üblich ist. Der Gesetzentwurf beinhaltet für eine Reihe von Betriebsgruppen eine Erfassungsquote der Gewinne von 100 Prozent und mehr. Dadurch tritt eine Überbesteuerung ein.

Die Union lehnt es entschieden ab, daß neben der Besteuerung nach Durchschnittssätzen und der Besteuerung durch Vermögensvergleich eine dritte Besteuerungsstufe eingeführt werden soll. Diese verharmlosend als „Schuhkartonbuchführung“ bezeichnete Buchführung führt zu einem unangemessen hohen Aufwand in den landwirtschaftlichen Betrieben und vor allem in der Finanzverwaltung. Mit Steuervereinfachung hat dieser Vorgang nichts zu tun.

Die CDU/CSU will das bewährte zweistufige Besteuerungssystem erhalten. Sie spricht sich jedoch für eine Korrektur der Besteuerung im Grenzbereich zwischen buchführungspflichtigen Betrieben und solchen, die nach § 13 a EStG besteuert werden, aus. Um soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, kann die Besteuerung nach Durchschnittssätzen entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe progressiv gestaffelt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Verlauf der Beratungen des Gesetzentwurfs entsprechende Anträge stellen, um aus dem wenig brauchbaren Entwurf eine vernünftige Vorlage zu erarbeiten. Einer völligen Neugestaltung des Besteuerungssystems bedarf es nicht. Auch auf dem Gebiet der Einkommenbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft hat die Bundesregierung es versäumt, für eine vernünftige Fortentwicklung zu sorgen. Jetzt will sie der Land- und Forstwirtschaft eine Radikalkur verordnen. Dieses lehnt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ab.

■ FREIE BERUFE

Steuerliche Entlastung für Selbständige

Aufgrund eines Antrages der CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung den „Bericht über die Lage der freien Berufe“ vorgelegt. Dieser Kreis ist damit erstmals seit Beginn der SPD/FDP-Koalition aus dem politischen Schattendasein in das Blickfeld der Politik und der Öffentlichkeit getreten, erklären der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld), und der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung, MdB Gerhard Zeitel.

Die CDU/CSU möchte mit ihrem Antrag zur Situation der freien Berufe dazu beitragen, daß es gegenüber dieser bedeutsamen Gruppe nicht bei einmaligen und unverbindlichen Liebeserklärungen bleibt. Sie fordert daher die Bundesregierung auf, die Hälfte der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen analog dem Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer bis zur jeweiligen Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung steuerfrei zu stellen und im Bereich der betrieblichen Altersversorgung die Möglichkeit der steuerbegünstigten Direktversicherung auch für die Selbständigen zu öffnen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 40 b Einkommensteuergesetz ausgearbeitet, der die Möglichkeit einer steuerbegünstigten Direktversicherung für die Selbständigen schafft.

■ SCHULE

Ansporn zur Leistung hilft Begabungen zu entfalten

„Die konkreten Verhandlungen um die Vergleichbarkeit der verschiedenen Schulabschlüsse müssen fortgesetzt werden“, erklärte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien. Sie forderte ihre Kollegen in der Kultusministerkonferenz auf, notfalls einer Verlängerung der ursprünglich bis 1981 befristeten Anerkennung von Gesamtschulzeugnissen zuzustimmen, um die Zeit für „neue Sachlichkeit der Gespräche“ zu finden. Schüler hätten Anspruch darauf, daß Zeugnisse, die sie erwerben, auch ernst genommen werden.

Die Kultusminister der Länder (KMK) wollen am 15./16. November 1979 in Berlin auf ihrer nächsten Plenarsitzung erneut versuchen, eine Lösung im Streit um die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse über das Jahr 1981 hinaus zu finden. Die Verhandlungen der KMK gehen auf die Beschlüsse der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vom 18. Juni 1979 zurück. Damals hatten die unions-regierten Länder die Forderung eingebracht, die Anerkennung der Gesamtschulzeugnisse an die Erfüllung einiger Bedingungen zu binden, die von Frau Laurien in der UdD-Dokumentation 26/79 (28. Juni 1979) ausführlich dargestellt worden sind.

Die KMK hat inzwischen eine Kommission von Staatssekretären aus acht Bundesländern eingesetzt, die entsprechende Rahmenvereinbarungen vorbereiten sollten. Nach zwei Sitzungen sind diese Beratungen aber bereits gescheitert. Die SPD weigert sich, die Gesamtschulen den gleichen Leistungskriterien zu unterwerfen, die für das gegliederte Schulsystem Gültigkeit haben. Es geht nicht an, daß für zwei Prozent der Schüler, die Gesamtschulen besuchen, Sonderbedingungen gelten, gleichzeitig aber die Forderung aufgestellt wird, daß ihre Gesamtschulzeugnisse gleichberechtigt sind.

Diese Haltung hat den vereinbarten Zeitplan für die Verabschiedung des Bildungsgesamtplanes erheblich durcheinandergebracht. Scharf verurteilte Frau Laurien die „unerträglich überzogene Polemik“, die die SPD-Politiker daraufhin in die Auseinandersetzung eingebracht hätten. Ihr „Trommelfeuer der Unsachlichkeit“ sei ein aggressiver Entlastungsangriff von der Tatsache, daß sich die SPD-Politiker in der Frage der Gemeinsamkeit zu einem neuen Bildungsgesamtplan in einer bemerkenswert schwachen Position befänden.

Wer grundlegend Neues als Alternative zum Bewährten wünsche, der habe selbstverständlich die Beweislast für die Qualität des Neuen. Bisher konnte dieser Beweis nirgends erbracht werden, erklärte Frau Laurien.

In der Tat haben die bisherigen wissen-

schaftlichen Begleituntersuchungen über die Gesamtschulen wenig Erfreuliches hervorgebracht. In Nordrhein-Westfalen zaudert Minister Girgensohn seit Wochen, die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie der Professoren Fendt und Raschert zu veröffentlichen, obwohl die wenig erfreulichen Ergebnisse über Leistungen von Schülern in Gesamtschulen inzwischen stückweise bekanntgeworden sind.

Mit Realschülern oder Gymnasiasten vergleichbare Leistung bringen Gesamtschüler allenfalls in Physik, eine wenig tröstliche Information, da der bundesweite Studieneingangstest Physik 1978 (im Auftrage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft) bei Leistungen in Physik einen erheblichen Leistungsabfall der Abiturienten aus Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Abiturienten aus unions-regierten Ländern gezeigt hatte.

„In allen anderen Bereichen erreichten die Schüler aus dem traditionellen Schulsystem bedeutsam höhere Testergebnisse als die entsprechenden Schüler aus Gesamtschulen. Dieser Befund zeigt sich besonders ausgeprägt im Fach Englisch, in dem diese Schülergruppe im traditionellen Schulsystem 17 %, bzw. 20 % höhere Testleistungen (es wurden zwei Tests eingesetzt) als die entsprechenden Gesamtschüler erbrachte. In den anderen Lernbereichen liegt die Differenz jeweils um 10 % der maximal erreichbaren Punktzahl in den Tests.“

Diese Leistungseinbrüche sind wenig geeignet, den Bürgern klarzumachen, daß das bewährte Schulsystem durch die Gesamtschule ersetzt werden muß oder — wie es jetzt vorsichtiger heißt — ergänzt werden soll.

Um von den Leistungsdefiziten der Gesamtschulen abzulenken, preist die

SPD die Gesamtschulen mehr und mehr als angstfreie Schule für Leistungsschwächere. Eine Untersuchung der Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung Dortmund „Sozialisationsbedingungen und soziale Auslese im Sekundarbereich“ (Juni 1979), die in hessischen Gesamtschulen durchgeführt wurde, brachte ernüchternde Ergebnisse:

„Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß (Gesamt-)Schüler mit niedrigem Leistungsstatus sich in der Wahrnehmung der sozialen Umwelt der (Gesamt-)Schule und hinsichtlich bestimmter persönlicher Belastung von Schülern mit hohem Leistungsstatus deutlich unterscheiden. (Gesamt-)Schüler mit niedrigem Leistungsstatus fühlen sich weniger zu Eigeninitiative und selbständigem Handeln aufgefordert als Schüler mit mittlerem und hohem Leistungsstatus. Sie zeigen mehr Schulangst und schätzen ihre soziale Umwelt als stärker konkurrenzorientiert ein. Beziehungen zu Lehrern und Mitschülern werden von ihnen besonders häufig als problematisch eingestuft. Sie fühlen sich stärker durch Hausaufgaben belastet und geben häufiger „zu viele Verbote und Strafen in der (Gesamt-)Schule“ als Problem an.

Wir ziehen daraus den Schluß, daß die (Gesamt-)Schule für Schüler mit niedrigem Leistungsstatus andere Sozialisationsbedingungen offeriert als für „gute Schüler“ ...

(Gesamt-)Schüler mit niedrigem Leistungsstatus, die ja eigentlich Defizite aufzuholen hätten, zeigen die größere Schulangst, die größere Belastung durch Probleme und schätzen die Beziehung unter den Schülern als besonders konkurrenzorientiert ein. Fürs Aufholen scheint dies uns keine gute Startbedingung zu sein.“

■ BERUFLICHE BILDUNG

Statt Fortbildungsbürokratie — bessere Rahmenbedingungen

Zwei Gründe haben die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewogen, ihren Antrag „Berufliche Fortbildung in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen“ zur Beratung im Bundestag einzubringen, stellte MdB Dorothea Wilms in Bonn fest.

① Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, welche große Bedeutung wir der beruflichen Fortbildung sowohl für die persönliche und berufliche Entfaltung des einzelnen wie auch für die künftige Arbeitsmarktentwicklung zu messen.

② Wir möchten die ordnungspolitische, rechtliche und organisatorische Position der beruflichen Fortbildung in der Wirtschaft im Rahmen der gesamten Berufsbildung — soweit sie unter Bundeskompetenz fällt — genau bestimmen wissen, damit die Weichen für diesen Bildungsbereich, der vor einer großen Ausdehnung steht, von Anfang an richtig gestellt werden.

Berufliche Fortbildung bedeutet Verbesserung der personalen, sozialen und fachlichen Kompetenz des Arbeitnehmers wie des Selbständigen. Unter Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten wird die berufliche Fortbildung immer aktueller.

— Sie mildert die Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel einerseits und überhöhtem Angebot von zu wenig oder falsch qualifizierten Arbeitskräften andererseits.

— Sie paßt Fachkräfte neuen beruflichen Anforderungen an, damit sie den Wandel in der Arbeitswelt besser bewältigen.

— Berufliche Fortbildung stellt Forschung und Entwicklung die jeweils benötigten Fachkräfte zur Verfügung, ohne die alle Kapitalinvestitionen in diesem Bereich sinnlos wären.

— Sie befähigt Fachkräfte immer wieder neu, Innovationen in den Produktionsprozeß einzubringen, sie erst anwendbar zu machen.

Berufliche Fortbildung sichert und fördert qualifizierten Führungsnachwuchs in der Wirtschaft; sie gibt aber auch den leistungsschwächeren, weniger qualifizierten Arbeitnehmern gerade durch den starken Praxisbezug die Chance, sich beruflich nach oben zu arbeiten.

Eine „Verstaatlichung“ und eine totale „Verrechtlichung“ ebenso wie eine „Monopolisierung“ der beruflichen Fortbildung lehnen wir ab. Eine „Fortbildungsbürokratie“ mit einem dichten Netz von Gesetzen und Verordnungen wäre genau das Gegenteil von dem, was für die Zukunft nottut. Notwendig ist dagegen eine durch Rahmenbedingungen geordnete Fortbildung in Betrieben und überbetrieblichen Institutionen, die ihren selbständigen Platz neben staatlich geregelten Bereichen, insbesondere der schulischen Fortbildung, haben muß.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Das wäre eine schädliche Reise

Nicht öffentlich diskutiert, aber sachte herbeigeredet wird gegenwärtig ein Treffen des Bundeskanzlers mit dem Staats- und Parteichef der DDR. Wann immer es früher um deutsch-deutsche Regelungen ging, hat die Bundesregierung die Hartwährung politischer Zugeständnisse für die Weichwährung menschlicher Erleichterungen hergegeben. Diese Art von Geschäften ist so sehr zur Gewohnheit geworden, daß die mangelnde Wertbeständigkeit der Leistungen der DDR ebensowenig als Argument gegen sie gilt wie die Ostberliner Praktik, sich nach Möglichkeit mehrmals von Bonn für ein und dasselbe bezahlen zu lassen und ständiges Wohlverhalten dafür zu fordern. Nicht einmal grobe Vertragsuntreue der DDR ändert etwas daran.

Was wäre also für ein Gipfeltreffen Schmidt-Honecker unter normalen Au-

spizien — wenn es allein deutsch-deutschen Angelegenheiten gälte und „nur“ der Manifestation der zementierten deutschen Spaltung diene — als lohnendes Ergebnis zu fordern?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hätte ein Treffen Schmidt-Honecker jedoch einen gänzlich anderen Charakter.

Es stünde ausschließlich im Zeichen der massiven sowjetischen Einflußnahme auf die Bundesrepublik als Mitglied des nordatlantischen Bündnisses, dessen entscheidende Schwächung Moskau betreibt.

Das nordatlantische Bündnis muß intakt bleiben. Ein „Geschäft“, das menschliche Erleichterungen in Deutschland für den Verzicht auf eine notwendige Nachrüstung, also zum Nachteil der Sicherheit ganz Europas, in Aussicht nimmt, ist nicht möglich. Doch gerade ein solcher Handel wird gegenwärtig anzu-preisen und in die Wege zu leiten versucht. Und nicht einmal nur von Moskau und Ost-Berlin. Der Bundeskanzler sollte deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Gedanken an eine Reise zu Honecker fahrenlassen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung
22. Oktober 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstr. 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 00. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D